

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Kriegspreis: Die 4. Spaltenzahl 20 Rpf., die 6. Spaltenzahl 30 Rpf., die 8. Spaltenzahl 40 Rpf., die 10. Spaltenzahl 50 Rpf., die 12. Spaltenzahl 60 Rpf., die 14. Spaltenzahl 70 Rpf., die 16. Spaltenzahl 80 Rpf., die 18. Spaltenzahl 90 Rpf., die 20. Spaltenzahl 1.00 Rpf., die 22. Spaltenzahl 1.10 Rpf., die 24. Spaltenzahl 1.20 Rpf., die 26. Spaltenzahl 1.30 Rpf., die 28. Spaltenzahl 1.40 Rpf., die 30. Spaltenzahl 1.50 Rpf., die 32. Spaltenzahl 1.60 Rpf., die 34. Spaltenzahl 1.70 Rpf., die 36. Spaltenzahl 1.80 Rpf., die 38. Spaltenzahl 1.90 Rpf., die 40. Spaltenzahl 2.00 Rpf., die 42. Spaltenzahl 2.10 Rpf., die 44. Spaltenzahl 2.20 Rpf., die 46. Spaltenzahl 2.30 Rpf., die 48. Spaltenzahl 2.40 Rpf., die 50. Spaltenzahl 2.50 Rpf., die 52. Spaltenzahl 2.60 Rpf., die 54. Spaltenzahl 2.70 Rpf., die 56. Spaltenzahl 2.80 Rpf., die 58. Spaltenzahl 2.90 Rpf., die 60. Spaltenzahl 3.00 Rpf., die 62. Spaltenzahl 3.10 Rpf., die 64. Spaltenzahl 3.20 Rpf., die 66. Spaltenzahl 3.30 Rpf., die 68. Spaltenzahl 3.40 Rpf., die 70. Spaltenzahl 3.50 Rpf., die 72. Spaltenzahl 3.60 Rpf., die 74. Spaltenzahl 3.70 Rpf., die 76. Spaltenzahl 3.80 Rpf., die 78. Spaltenzahl 3.90 Rpf., die 80. Spaltenzahl 4.00 Rpf., die 82. Spaltenzahl 4.10 Rpf., die 84. Spaltenzahl 4.20 Rpf., die 86. Spaltenzahl 4.30 Rpf., die 88. Spaltenzahl 4.40 Rpf., die 90. Spaltenzahl 4.50 Rpf., die 92. Spaltenzahl 4.60 Rpf., die 94. Spaltenzahl 4.70 Rpf., die 96. Spaltenzahl 4.80 Rpf., die 98. Spaltenzahl 4.90 Rpf., die 100. Spaltenzahl 5.00 Rpf.

Kriegspreis: Die 4. Spaltenzahl 20 Rpf., die 6. Spaltenzahl 30 Rpf., die 8. Spaltenzahl 40 Rpf., die 10. Spaltenzahl 50 Rpf., die 12. Spaltenzahl 60 Rpf., die 14. Spaltenzahl 70 Rpf., die 16. Spaltenzahl 80 Rpf., die 18. Spaltenzahl 90 Rpf., die 20. Spaltenzahl 1.00 Rpf., die 22. Spaltenzahl 1.10 Rpf., die 24. Spaltenzahl 1.20 Rpf., die 26. Spaltenzahl 1.30 Rpf., die 28. Spaltenzahl 1.40 Rpf., die 30. Spaltenzahl 1.50 Rpf., die 32. Spaltenzahl 1.60 Rpf., die 34. Spaltenzahl 1.70 Rpf., die 36. Spaltenzahl 1.80 Rpf., die 38. Spaltenzahl 1.90 Rpf., die 40. Spaltenzahl 2.00 Rpf., die 42. Spaltenzahl 2.10 Rpf., die 44. Spaltenzahl 2.20 Rpf., die 46. Spaltenzahl 2.30 Rpf., die 48. Spaltenzahl 2.40 Rpf., die 50. Spaltenzahl 2.50 Rpf., die 52. Spaltenzahl 2.60 Rpf., die 54. Spaltenzahl 2.70 Rpf., die 56. Spaltenzahl 2.80 Rpf., die 58. Spaltenzahl 2.90 Rpf., die 60. Spaltenzahl 3.00 Rpf., die 62. Spaltenzahl 3.10 Rpf., die 64. Spaltenzahl 3.20 Rpf., die 66. Spaltenzahl 3.30 Rpf., die 68. Spaltenzahl 3.40 Rpf., die 70. Spaltenzahl 3.50 Rpf., die 72. Spaltenzahl 3.60 Rpf., die 74. Spaltenzahl 3.70 Rpf., die 76. Spaltenzahl 3.80 Rpf., die 78. Spaltenzahl 3.90 Rpf., die 80. Spaltenzahl 4.00 Rpf., die 82. Spaltenzahl 4.10 Rpf., die 84. Spaltenzahl 4.20 Rpf., die 86. Spaltenzahl 4.30 Rpf., die 88. Spaltenzahl 4.40 Rpf., die 90. Spaltenzahl 4.50 Rpf., die 92. Spaltenzahl 4.60 Rpf., die 94. Spaltenzahl 4.70 Rpf., die 96. Spaltenzahl 4.80 Rpf., die 98. Spaltenzahl 4.90 Rpf., die 100. Spaltenzahl 5.00 Rpf.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 47. — 87. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff - Dresden      Postfach: Dresden 2640      Freitag, den 24. Februar 1928

## Genfer Karussell.

Die Beratungen der Sicherheitskommission des Völkerbundes münden an wie ein Karussell; man fährt immer im Kreis herum. Werden irgendwelche Vorschläge gemacht, so werden diese entweder totgeredet oder durch Gegenvorschläge auf ein totes Gleis geschoben. Ist man sich doch nicht einmal darüber einig, ob die Abrüstung eine Voraussetzung der Sicherheit ist oder ob erst ein wohlvertrauter Ring von Völkerbundsmitgliedern über die „Sicherheit der Völkerbünde“ geschaffen werden muß, ehe man an die Abrüstung denken kann. Eben die Frage, wie Garantien, aber solche nicht bloß papierner Natur, für etwaige „Sicherheitsbestimmungen“ aussehen sollen, ist auch jetzt wieder Gegenstand eingehender Beratungen in Genf, wobei es an ebenso mannigfachen wie bisweilen sehr seltsamen Vorschlägen nicht fehlt.

Allmählich ist man aber zu der Überzeugung gekommen, daß es — will man überhaupt zu einem Resultat kommen — das Entscheidende ist, Wege zu finden wie man eine etwaige Kriegsgefahr im allerersten Aufstiege erstickt. Das also, medizinisch gesprochen, die Krankheitsvorbeugung wichtiger ist als die Krankheitsheilung. Denn wenn die Kriegsflamme erst einmal aufgeleuchtet ist, dürfte es dem Völkerbund trotz aller Statuten und Bestimmungen doch unmöglich sein sie zu erstickten. Diesen Hauptzweck hat denn auch der jüngste deutsche Sicherheitsvorschlag im Auge. Aber hinter all diesen vielleicht sehr wohlgemeinten Arbeiten und Gedanken steht immer die große Frage, ob die Tätigkeit der Kommission nicht eine in sich hoffnungslos ist, weil die entscheidenden Mächte ganz andere Ziele und auf ganz anderen Wegen verfolgen. Frankreich jedenfalls hält sich zunächst immer noch an das alte: Willst du Frieden haben, dann läßt dich zum Krieg. Außerdem versucht es, seine Sicherheit durch ein System von Bündnissen nicht bloß kriegerische Unterstützung verweigern zu lassen, sondern auch schiedsgerichtliche Abmachungen in diese Verträge hineinzuarbeiten, also das zu tun, was die Völkerbundskommission auf eine allgemeine, bisher rein theoretische Basis zu stellen versucht. Dadurch aber werden immer noch nicht praktische Garantien geschaffen. Den Willen des Völkerbundes durchzusetzen, und darauf hat er sich auch grundsätzlich für solche Systeme von Schiedsgerichten und Kollektivverträgen ausgesprochen. Bloß läuft er dann selbst Gefahr, die ganze Tätigkeit der Sicherheitskommission als reichlich überflüssig erscheinen zu lassen. Wenigstens vorläufig.

Denn an wirklich gefährliche Dinge, in denen keine zu kommenden Auseinandersetzungen liegen, wagt er sich nicht heran. Dafür ist ein Beispiel die Unterdrückung des deutschen „Widerheit“ in Südtirol. Hilftlos hat ja Dr. Seipel die Ähnen gequält und erklärt, nichts machen zu können; ja, es läge sogar im Interesse der Deutschen in Südtirol, wenn von österreichischer Seite her nicht gehandelt, weil sonst nur Argeres erfolgen würde. Natürlich wurde man im Tiroler Landtag darob ziemlich wütend und schlug vor, die Südtiroler Frage doch endlich einmal vor den Völkerbund zu bringen. Daraufhin — was zu erwarten war nach Erfahrungen von früher her — machte Mussolini eine drohende Geste; sein Gesandter in Wien mußte bei Dr. Seipel Protest erheben gegen diese „Übergriffe“ des Innsbrucker Landtages, weil ein beachtlicher Appell an den Völkerbund wegen Südtirols eine Drohung gegen Italien darstelle. Dr. Seipel mußte allerdings antworten, daß er da halt nichts machen könne. Also von der Theorie zur Wirklichkeit ist auch beim Völkerbund ein noch immer großer Schritt.

## Eingreifen des Völkerbundesrates in die Szent Gotthard-Affäre.

Genf, 23. Februar. Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond hat von dem gegenwärtigen Präsidenten des Völkerbundesrates, dem chinesischen Gesandten in Lissabon, Tschangsch, eine Depesche erhalten, in der der Präsident bittet, der ungarischen Regierung sofort mitzuteilen, daß der Völkerbundrat mit einer Demarche der Regierungen der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien befaßt sei und daß er durch die Presse erfahren habe, die ungarische Regierung sei zu dem Verlauf derjenigen Gegenstände geschritten, die den Anlaß der Demarche der drei Regierungen bilde. Aus diesem Grunde halte er es für angezeigt, die Ausführung des Beschlusses der ungarischen Regierung aufzuschieben, bis der Völkerbundrat sich mit der Angelegenheit befaßt habe. — Der Generalsekretär des Völkerbundes hat dieses Telegramm sofort im Wortlaut dem ungarischen Ministerpräsidenten Besslen übermittelt.

## Bethlens Antwort.

Budapest, 23. Februar. Ministerpräsident Graf Bethlen hat dem Generalsekretär des Völkerbundes auf dessen Telegramm in der Angelegenheit von Szent-Gotthard bereits eine Antwortdepesche geschickt. Der Inhalt dieses Telegramms hat die ungarische Regierung überrascht. Bisher seit mehreren Wochen ist bekannt, daß die Wälfen unbrauchbar gemacht und im Wege der Versteigerung verwertet werden sollen. Da die Versteigerung für

## Notprogramm der deutschen Landwirtschaft

### Hindenburg beim Landwirtschaftsrat

Außerordentliche Sitzung.  
Der für Donnerstag einberufenen außerordentlichen 18. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Berlin war eine Sitzung des Ständigen Ausschusses vorausgegangen. Donnerstag begannen die Beratungen zunächst in einer geschlossenen Sitzung im Schöneberger Rathaus mit der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten. Außer den Mitgliedern und ständigen Tagungsteilnehmern des D. L. R. waren zahlreiche Vertreter der Reichs- und Landesministerien und verschiedener Wirtschaftsorganisationen erschienen, u. a. die Reichsminister Schiele, Dr. v. Reudell, Dr. Köhler, Hergt, Dr. Koch, Gröner, der Oberbürgermeister von Berlin, Böck, der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dornmüller, die Reichsminister a. D. von Kaumer und Dr. Hermes. Kurz vor Beginn der Sitzung wurde Reichspräsident von Hindenburg durch den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, in den Saal geleitet. Nach kurzer Begrüßung der Reichsminister und der landwirtschaftlichen Führer durch den Reichspräsidenten wurde die Tagung eröffnet.

Die Eröffnungssprache hielt der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes. Er dankte zunächst dem Reichspräsidenten für die erneute Befundung seines Willens, die deutsche Landwirtschaft als einen Grundpfeiler des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft zu erhalten und übermittelte dem Reichspräsidenten seine Wünsche auf baldige Genesung. Nach weiterem Dank an die Vertreter der Reichs- und Landesregierungen wies der Redner auf die Befassung der deutschen Landwirte hin. Von der Reichsregierung sind entscheidende Maßnahmen notwendig, wenn nicht unabsehbarer Unglück über das deutsche Volk hereinbrechen soll. Der Schutz und die Erhaltung der heimatischen Erzeugung sind Vorbedingungen für eine erfolgreiche Ausfuhr. Das vorliegende Notprogramm kann nur über die nächste Zeit hinweghelfen. Alle verantwortlichen Stellen in den Regierungen, Parlamenten usw. müssen auf der gegenwärtigen Bewegung der Landwirtschaft die aufbauenden Gesichtspunkte für die Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens herausheben.

### Reichsernährungsminister Schiele

führte u. a. aus: Die Grundrisse, durch die die heutige Lage gekennzeichnet wird, ist das seit vier Jahren bestehende Betriebsdefizit von etwa 1 1/2 Milliarden Mark. Die Hauptursachen des starken Betriebsverlustes der letzten Jahre liegen in der

Preis- und Marktfrage.

Auf die Roggenpreise vom Jahre 1925/26 folgten die Landwirtschaft einen Verlust von rund 400 Millionen Mark zu, die Kartoffelpreise dieses Wirtschaftsjahres von rund 200 Millionen Mark und die Schweinepreise im Kalenderjahr 1927 von rund 300 bis 400 Millionen Mark. Dazu kamen die Unweiserschäden. Die erste und dringendste Aufgabe besteht darin, daß wir die deutsche Landwirtschaft, insbesondere die gefährdeten Betriebe, bis zum kommenden Ernte hindurchbringen. Ich nehme die Gelegenheit wahr, dem gegenwärtig amtierenden Reichskabinett dafür zu danken, daß es bereit ist mit harter Hand aus Mitteln des Reiches zuzupacken und dem bedrohten Verstand zunächst über dieses Jahr hinwegzuhelfen. Außer den bereits eingeleiteten Maßnahmen hält die

morgen früh angekehrt worden ist und sie im Besitze der kompetenten Gerichtsbehörden den Bestimmungen des Staatseisenbahnreglements gemäß durchgeführt werden muß, ist es unter den gegebenen Umständen unmöglich, die Durchführung dieses Verfahrens zu verschieben. Ich gestatte mir, weiter zu bemerken, daß die Vorschriften, betreffend die Ausübung des Untersuchungsrechtes, keine Bestimmungen für solche Fälle enthalten. Nichtsdestoweniger wird die ungarische Regierung aus Courtisise gegenüber der Person des derzeitigen Vizepräsidenten nicht versäumen, die Käufer zu ersuchen, die Gegenstände, die sie ankaufen werden, an Ort und Stelle zu befragen.

## Das Arbeitsprogramm unteilbar.

Doch ein Mantelgesetz?  
Nach Verlautbarungen von angeblich maßgebender Stelle wurde Mittwoch verkündet, die Reichsregierung habe darauf verzichtet, die Einzelforderungen des vom bisherigen Reichstag noch zu erledigenden Arbeitsprogramms in einem Mantelgesetz zusammenzufassen. Mittlerweile soll sich nun doch bei der Regierung die Ansicht durchsetzen haben, alle Entwürfe, die in dem Notprogramm enthalten sind, durch ein Mantelgesetz gegenständig zu binden. Alle Teile des Notprogramms können aber nicht auf gesetzlichem Wege erledigt werden. Zum Teil ist der Verordnungsweg wohl notwendig. Man nimmt deshalb an, daß die gesetzgeberischen Aufgaben dem Reichstag in einem Mantelgesetz vorgelegt werden, während die anderen auf dem Verordnungsweg ihre Erledigung finden müssen. Die Regierung soll daran festhalten, daß das Programm im ganzen Umfang restlos vom Reichstag angenommen werden muß.

Reichsregierung eine Reihe von weiteren Sofortmaßnahmen für unabwendbar. Der Minister geht dann im einzelnen auf die im Notprogramm vorgesehenen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft ein und sagt hinzu, die Reichsregierung sei fest entschlossen, diese Maßnahmen so rasch wie möglich in die Tat umzusetzen. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung nehme dahin, daß für die Maßnahmen der deutschen Handelspolitik die Erhaltung der Landwirtschaft ein wesentliches Ziel darstelle. Unsere zukünftige Wirtschafts- und Handelspolitik müsse ausgehen von dem Prinzip der Erhaltung und Stärkung aller produktiven Kräfte der Nation. Der Minister schloß mit den Worten: Deutschland muß sich wieder eine eigene agrarische Grundlage

schaffen, auf der seine Volkswirtschaft sicher ruhen kann, und das wird auf keinem anderen Wege geschehen können als durch bessere Pflege des deutschen Bauerntums.

Ministerialdirektor Burckhardt vom preussischen Landwirtschaftsministerium übermittelte das Bedauern des preussischen Landwirtschaftsministers über seine dienstliche Verhinderung an der Teilnahme und erklärte, daß sich die preussische Staatsregierung der Notlage der Landwirtschaft durchaus bewußt und Preußen gewillt sei, im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit und in ständiger Fühlungnahme mit den zuständigen Reichsressorts alles zur Verringerung dieser Notlage zu tun.

Es folgte eine Reihe von Vorträgen über die Notforderungen der deutschen Landwirtschaft, über Kreditfragen und über Schutz und Steigerung der deutschen Erzeugung als Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik.

### Beschlüsse des Landwirtschaftsrates.

Zu der vor dem Ende der Tagung angenommenen Entschließung wird im einzelnen als sofort notwendig gefordert:

Gesetzliche Einwirkung auf alle öffentlich-rechtlichen Kapitalanleihen, einen erheblich höheren Anteil ihrer verfügbaren Mittel in landwirtschaftlichen Hypotheken anzulegen. Erhebliche Verhäufung der Eigenmittel des genossenschaftlichen Kreditwesens unter maßgebender Beteiligung des Reiches. Auslegung einer Umschuldungsanleihe unter Sicherung durch angemessene Ausfallbürgschaften der öffentlichen Verbände oder sonst geeigneter Stellen. Die Bearbeitung dieser Angelegenheiten durch eine einzige Stelle, die unabhängig von Wechselkursen parteipolitischen Konstellationen, im engen Einvernehmen mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat in der Lage ist, alle erforderlichen Maßnahmen auszuarbeiten und den Parlamenten vorzuschlagen. Strenge Einfuhrzollparnis, Überführung der sozialen Versicherung in die Grenzen, die der Gesamtentwicklung unserer wirtschaftlichen Lage entsprechen. Änderung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung bezüglich des Saisongewerbes, ebenso Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung. Aufhebung der Beschränkung in der Zulassung der ausländischen Wanderarbeiter für die nächsten Jahre.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat begrüßt zum Schluß dankbar das von der Reichsregierung vorgelegte Notprogramm und erwartet seine sofortige Durchführung. Er läßt keinen Zweifel darüber, daß eine Befundung der deutschen Landwirtschaft durch dieses Programm nicht herbeigeführt werden kann, daß hierzu vielmehr die schnelle Verwirklichung der in vorstehender Entschließung geforderten Maßnahmen notwendig sei.

## „Wir nehmen euch beim Wort!“

Eine Südtirol-Rundgebung im österreichischen Nationalrat. Im österreichischen Nationalrat kam es zu einer eindrucksvollen, politisch bedeutsamen Rundgebung für Südtirol. Zum Etat des Bundeskanzleramtes hielt der wirtschaftssoziale Tiroler Abgeordnete Kolb eine Rede, in der er zunächst feststellte, daß sich Österreich in der Südtiroler Frage auf das Menschenrecht und das Nachbarrecht stützen müsse. Wenn selbst die deutschen Familiennamen in Südtirol italienisiert werden, so kenne die Entnationalisierung dieses deutschen Landes schon keine Grenzen mehr. Wenn auch einzelne Nachrichten über Südtirols Leiden bisweilen etwas ungenau seien, so müsse man andererseits festhalten, daß von den wahren Nachrichten in Andersart der Pressebelegung in Südtirol nur zehn Prozent an die Öffentlichkeit kämen.

An dem Verbot des deutschen Religionsunterrichts dürfe der Vatikan nicht stillschweigend vorübergehen. Die österreichische Regierung müsse ihrerseits beim Vatikan nachdrücklich intervenieren. Abgeordneter Kolb hielt auch die letzte Seipel-Erklärung zur Südtiroler Frage für sehr unbedrückend. Die Rede habe zu sehr den Rechtsstandpunkt des Gegners und nicht den der eigenen Volksgenossen unterzogen. Dem österreichischen Parlament könne niemals verboten werden, für Südtirol a. d. S. W. tätig zu werden. Bei seinem Scheitern aus der österreichischen Nationalversammlung habe man feinerzeit dem Südtiroler Abgeordneten Neuh-Ricolussi zugerufen, man werde Südtirol niemals vergessen. Dieser habe geantwortet: „Wir nehmen euch beim Wort!“ Abgeordneter Kolb betonte zum Schluß, daß er dieses Wort heute für Südtirol wiederholen müsse.

Alsdann sprach Bundeskanzler Seipel, der das Haus zunächst auf seine vor kurzem gehaltene Rede bei Beantwortung der Interpellation über die Tiroler Frage verwies. Der Bundeskanzler erklärte u. a.: Schon damals habe ich eingehend begründet, daß ich mich in der Tiroler Frage nicht an den

Liebe und Fremdenflora